Kernpunkte 5

Mai 2012 / Kurzdokumentation zur Kernenergiediskussion: Tatsachen und Argumente

Teure Ausbau- und Erneuerungspläne für Schweizer Stromnetz

Am 23. Mai 2012 hat der Bundesrat die Stossrichtung der Strategie Stromnetze festgelegt. Für den Ausbau und die Erneuerung des Stromnetzes rechnet er mit Kosten zwischen 10 Milliarden und fast 20 Milliarden Franken. Die Investitionen sind nötig, wenn in Zukunft mehr Strom aus unregelmässig anfallenden erneuerbaren Energiequellen eingespeist und die Netzstabilität nicht gefährdet werden soll. Um den Ausbau des Stromnetzes vorantreiben zu können, will der Bundesrat die Beschwerdemöglichkeit ans Bundesgericht auf Rechtsfragen «von grundsätzlicher Bedeutung» einschränken. Der Rechtsweg ans Bundesgericht stünde damit nur noch für neue, bisher nicht entschiedene grundsätzliche rechtliche Fragestellungen offen. Das Stromnetz der Schweiz, das zum Grossteil über 40 Jahre alt ist, gelangt heute regelmässig an seine Leistungsgrenzen: Der Stromverbrauch hat sich in den letzten 50 Jahren mehr als verdreifacht und der Stromaustausch über die Landesgrenzen hat stetig zugenommen.

IAEO: Lob für Ensi

«Die Schweizer Atomaufsicht ist unabhängig, erfüllt ihre Aufgabe hervorragend und entspricht absolut den internationalen Anforderungen», fasste Jean-Christophe Niel, Teamleiter der Überprüfungsmission der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), das Ergebnis bei der Übergabe des Schlussberichts zusammen. Die IAEO hat im November 2011 das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) kritisch unter die Lupe genommen. Der Bericht zeichnet 19 Massnahmen des Ensi mit der Note «Good Practice» aus und gibt 12 Empfehlungen sowie 18 Anregungen. Ensi-Direktor Hans Wanner nahm das Resultat mit Freude zur Kenntnis. «Der Bericht bestätigt uns in unserer Arbeit», hielt er fest. «Wichtig für uns sind aber

auch die Empfehlungen, denn diese zeigen uns auf, wo wir in der Schweiz noch besser werden können. Das Umsetzen dieser Empfehlungen ist Teil unserer Sicherheitskultur. Die Verbesserungsvorschläge werden wir nun zusammen mit anderen betroffenen Behörden in der Schweiz im Rahmen eines Massnahmenplans angehen», erklärte Wanner zum weiteren Vorgehen.

Fessenheim wohl bis 2017 am Netz

Wenige Tage vor den Wahlen hat der neue französische Präsident François Hollande gegenüber der regionalen Tageszeitung «L'Alsace» erklärt, das Kernkraftwerk im elsässischen Fessenheim werde kaum vor 2017 stillgelegt. Hollande machte deutlich, dass er während seiner fünfjährigen Amtszeit keine weitere Ausserbetriebnahme eines französischen Kernkraftwerks in Erwägung ziehe. Sein Ziel sei, den Kernenergieanteil in der französischen Stromversorgung bis 2025 von heute 75% auf 50% zu senken. «Ich habe Vertrauen in die Nuklearindustrie», erklärte Hollande. Der Bau des Kernkraftwerks der modernsten, dritten Generation in Flamanville in der Normandie werde wie vorgesehen weitergeführt und vollendet.

Japan nimmt letztes Kernkraftwerk vom Netz

Am 5. Mai 2012 ist in Japan das letzte noch in Betrieb stehende Kernkraftwerk planmässig für Revisionsarbeiten vom Netz gegangen. Damit haben alle 50 japanischen Kernkraftwerke, die zusammen rund 44 Gigawatt bereitstellen und rund einen Viertel des japanischen Strombedarfs deckten, ihre Stromproduktion vorübergehend eingestellt. Als Ersatz greifen die Stromversorger auf fossile Kraftwerke zurück. Die japanische Regierung trifft Vorkehrungen, um der sich abzeichnenden Stromknappheit in den Sommermonaten Herr zu werden. Sie geht davon aus,

Redaktion:
M.-F. Aepli, R. Bilang,
M. Brugger, M. Rey,
M. Schorer, D. Stebler

Nuklearforum Schweiz
Postfach 1021
3000 Bern 14
Telefon 031 560 36 50
Telefax 031 560 36 59
info@nuklearforum.ch
www.nuklearforum.ch

Erscheint 12-mal jährlich
ISSN 1421-0347

© 2012 by Nuklearforum Schweiz

dass in verschiedenen Teilen des Landes der Spitzenbedarf in den Sommermonaten nicht gedeckt werden kann und will der Industrie und den Haushalten deshalb freiwillige Stromsparmassnahmen beliebt machen. Sollten diese nicht ausreichen, wären ein gesetzlich begrenzter Stromkonsum oder verordnete Stromabschaltungen die Folge.

Wiederinbetriebnahme des japanischen Kernkraftwerks Ohi in Aussicht

Am 14. Mai 2012 haben die Verantwortlichen der japanischen Stadt Ohi der Wiederinbetriebnahme der zwei jüngsten Einheiten des rund 7 km entfernten, gleichnamigen Kernkraftwerks zugestimmt. Mit diesem Entscheid werden Ohi-3 und -4 voraussichtlich als erste wieder Strom ans Netz abgeben können. Die Regierung in Tokyo hatte ihr grünes Licht am 13. April gegeben. Ausstehend sind noch die Entscheide auf Präfektorebene.

Litauens Regierung genehmigt KKW-Konzessionsvertrag

Im Rahmen der Strategie Litauens zur Energieunabhängigkeit hat die Regierung den Konzessionsvertrag mit der Hitachi Ltd. zum geplanten Kernkraftwerk Visaginas genehmigt. Der Entwurf des Konzessionsvertrages mit der Hitachi und die damit verbundenen Regelwerke seien nach einer eingehenden Bewertung der wirtschaftlichen Aspekte des Projektes für das Land und die gesamte Region genehmigt worden, erklärte der litauische Ministerpräsident Andrius Kubilius am 9. Mai 2012 vor den Medien. Das neue Kernkraftwerk werde günstigen Strom erzeugen, der sowohl den Inlandverbrauch deckt als auch einen wettbewerbsfähigen Export ermöglicht, was allen Bewohnern Litauens zugutekäme. Wirtschaftsminister Rimantas Žylius stellte zudem fest, das Kernkraftwerksprojekt Visaginas stelle eine lohnende Investition dar, da es eine bedeutende Rendite abwerfen und erheblich zu Litauens Bruttoinlandprodukt beitragen werde. Das Bauprojekt werde nicht über den litauischen Staatshaushalt finanziert. Der Entwurf des Konzessionsvertrages muss nun dem litauischen Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden.

Deutschland: Wechsel im Bundesumweltministerium

Nach der Niederlage der Christlich-Demokratischen Union (CDU) in den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen hat die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel am 16. Mai 2012 dem Bundespräsidenten Joachim Gauck vorgeschlagen, Norbert Röttgen als Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit abzusetzen und Peter Altmaier als Nachfolger zu ernennen. Eine Woche danach überreichte Gauck Altmaier die Ernennungsurkunde zum Umweltbundesminister. Altmaier ist Jurist und seit 1994 Bundestagsabgeordneter. Zuvor hatte er für die EU-Kommission gearbeitet.

Gefährdete Versorgungssicherheit in Deutschland

Die vier deutschen Übertragungsnetz-Betreiber-gesellschaften haben Bilanz über den Betrieb im letzten Winter gezogen. Sie macht sehr deutlich, in welcher schwieriger Lage sich die deutschen Übertragungsnetze derzeit befinden, konstatieren die vier Unternehmen in einer gemeinsamen Medienmitteilung. Mit der Abschaltung von Kernkraftwerken und der zunehmenden Einspeisung der schwankenden erneuerbaren Energien seien die Netze einer extrem hohen Belastung ausgesetzt. Um sie stabil zu halten und überall die sichere Stromversorgung zu garantieren, müssen Übertragungsnetzbetreiber immer häufiger massiv eingreifen, etwa durch das Hoch- und Herunterfahren von Kraftwerken. Von Oktober 2011 bis März 2012 sei es im gesamten deutschen Netzgebiet fast täglich zu Netzbelastungen gekommen, die schnelles Eingreifen nötig machten. Diese starke Zunahme zeige, dass das deutsche Höchstspannungsnetz an den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit betrieben werde und damit im Falle von Störungen die Wahrscheinlichkeit grossflächiger Stromausfälle zugenommen habe. Die Übertragungsnetzbetreiber bereiten sich deshalb bereits jetzt auf den kommenden Winter vor.

Die «Kernpunkte» können Sie auch als elektronischen Newsletter unter www.nuklearforum.ch bestellen.